Landkreis **Vorpommern-Rügen**
3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion AfD

Vorlagen Nr.:
A/3/0080

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	07.06.2021

Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Verhängung Corona-bedingter Bußgelder bei Erstverstößen aussetzen"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat setzt sich bei den Ordnungsbehörden im Landkreis Vorpommern-Rügen dafür ein, dass bei Corona-bedingten Erstverstößen (OWiG) von der Verhängung eines Bußgeldes abgesehen wird.

Begründung:

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden durch die Bundes-und Landesregierung MV gravierendste Grundrechtseinschränkungen angeordnet.
Die Bundeszentrale für politische Bildung zählt in diesem Zusammenhang auf ihrer Internetseite folgende Einschränkungen auf:

Beschränkung der Fortbewegungsfreiheit, Kontaktverbote, Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Restriktionen bei Versammlungs,-Glaubens,-und Berufsfreiheit.

Eine Anfrage der AfD-Fraktion ergab, dass die Verfolgungsbehörden im Landkreis Vorpommern-Rügen, trotz dieser noch nie zuvor dagewesenen Grundrechtseinschränkungen, bis dato über 80.000 Euro Corona-bedingte Bußgelder verhängt haben.
Aus §47 OWiG geht hervor, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im pflichtgemäßen Ermessen der Verfolgungsbehörde liegt.
Solange das Verfahren bei der Ordnungsbehörde anhängig ist, kann sie es auch auflagenfrei, ohne die Verhängung eines Bußgeldes, einstellen.

Hier ist ein wesentlich höheres Maß an Fingerspitzengefühl der Ordnungsbehörden im Umgang mit den Betroffenen von OWi-Maßnahmen geboten.

gez. Michael Meister
Kreistagsmitglied
Kreistagsfraktion AfD

gez. Philipp Laars
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion AfD